

Familienrecht

Wellenhofer

7., überarbeitete Auflage 2023
ISBN 978-3-406-80131-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
Familienrecht
Marina Wellenhofer


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Familienrecht

von

Dr. Marina Wellenhofer

o. Professorin an der Universität Frankfurt a. M.

7., überarbeitete Auflage 2023


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK

Zitiervorschlag: Wellenhofer FamR § ... Rn. ...

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 80131 0
ISBN E-Book 978 3 406 80132 7

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 7. Auflage

Dieses Buch will nicht Lehrbuch, sondern Lernbuch sein. Es dient der Vermittlung, Wiederholung und Anwendung von Grundwissen auf dem Gebiet des Familienrechts. Die Zielgruppe sind Studierende im Pflichtfach- und Schwerpunktbereichsstudium sowie Rechtsreferendare. Die Darstellung orientiert sich an den Erfordernissen im Examen. Auswahl und Gewichtung des Stoffs richten sich nach der Examensbedeutung und Aktualität der Materie. Im Vordergrund steht der Fallbezug. Betont werden nach wie vor die Bezüge zum allgemeinen Schuld- und Sachenrecht; schließlich wird das Familienrecht in den zivilrechtlichen Examensklausuren meist in diesen Zusammenhängen abgefragt. Demgemäß werden etwa den Haftungsfragen oder den sachenrechtlichen Bezügen des Eherechts eigene Kapitel gewidmet. Auf diese Weise wird zugleich auch Stoff aus den anderen Büchern des BGB wiederholt und vertieft. Verfahrensrechtliche Bezüge werden im erforderlichen Umfang im jeweiligen Sachzusammenhang hergestellt.

Von den Studierenden stets unterschätzt wird der Wert der Gesetzeslektüre. Doch nur wer sein Gesetz gut kennt, kann damit auch gut arbeiten. Daher wird dringend empfohlen, beim Lernen immer wieder die einschlägigen Paragraphen zu lesen. In jedem Fall sollte man stets vor der Bearbeitung eines neuen Stoffs zunächst die dazugehörenden Normen nachlesen.

Das Buch befindet sich auf dem Gesetzesstand vom 1.1.2023. Die Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts wurde vollständig berücksichtigt.

Neue examensrelevante Rechtsprechung, die seit Erscheinen der letzten Auflage ergangen ist, wurde eingearbeitet. Die Fragen zur Wiederholung des Gelernten am Ende der Kapitel wurden zum Teil neugestaltet. Beachtet wurden zudem die vielfältigen Anregungen aus meiner Leserschaft, über die ich mich wie immer sehr gefreut habe.

Den Mitarbeitern an meinem Lehrstuhl Giuliana Chiofalo, Julia Lehnfeld, Alessio Montanari, Milena Wassermann, Virginia Baumbach und Phil Kievel sowie Alexandra von Christen im Sekretariat sei herzlich für ihre Unterstützung gedankt. Hinweise aller Art zur weiteren Verbesserung des Buches an wellenhofer@jur.uni-frankfurt.de sind jederzeit sehr willkommen.

Frankfurt am Main, im Januar 2023

Marina Wellenhofer

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXI

Kapitel 1. Grundlagen

§1. Einführung	1
I. Die Regelungsbereiche des Familienrechts	1
II. Daten zur Entwicklung des modernen Familienrechts	2
1. Die Dynamik des Familienrechts	2
2. Überblick zu den wesentlichen gesetzlichen Entwicklungen	3
III. Die Rechtsquellen des Familienrechts	5
IV. Überblick zum familienrechtlichen Verfahren	6
1. Gerichte und Instanzenzug	6
2. Das FamFG	7
3. Ergänzende Geltung der ZPO	8
4. Besonderheiten des familienrechtlichen Verfahrens	8
V. Das Familienrecht in der juristischen Ausbildung und Prüfung	9
1. Das Familienrecht in der Klausur	9
2. Familienrecht als Pflichtfachstoff	9
3. Das Familienrecht im Schwerpunktbereichsstudium	10
§2. Grundrechte und Menschenrechte im Familienrecht	10
I. Die Bedeutung von Art. 6 GG	10
1. Schutz von Ehe und Familie, Art. 6 Abs. 1 GG	10
2. Schutz des Elternrechts, Art. 6 Abs. 2 GG	13
3. Kinderrechte im Grundgesetz	14
4. Gleichstellung der ehelichen und nichtehelichen Kinder, Art. 6 Abs. 5 GG	14
II. Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Familienrecht, Art. 3 Abs. 2 GG	15

III. Das Recht auf Privat- und Familienleben, Art. 8 EMRK	16
IV. Das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK	17
§ 3. Hinweise zum internationalen Familienrecht	18
I. Überblick	18
II. Wichtige EU-Verordnungen	19
1. Die Brüssel IIB-Verordnung	19
2. Die Rom III-Verordnung	19
3. Die EU-Güterrechtsverordnungen	20
4. Die EU-Unterhaltsverordnung	20
§ 4. Wiederholung	21

Kapitel 2. Verlöbnis, Eheschließung und Ehename

§ 5. Das Verlöbnis	23
I. Überblick	23
II. Begriff und Rechtsnatur des Verlöbnisses	24
1. Der Theorienstreit	24
2. Das Verlöbnis eines Minderjährigen	25
3. Anwendung weiterer Normen des BGB AT	28
III. Der Anspruch aus § 1298 BGB auf Schadensersatz bei un- gründetem Rücktritt	28
1. Der grundlose oder schuldhaft veranlasste Rücktritt	29
2. Die Anspruchsberechtigten	30
3. Der Schaden	30
IV. Der Anspruch auf Rückgabe der Geschenke, § 1301 BGB	31
§ 6. Eheschließung und Eheaufhebung	32
I. Einführung	32
1. Begriff der Ehe	32
2. Vorbereitendes Verfahren und Trauung	33
II. Die Voraussetzungen einer wirksamen Eheschließung	34
1. Die beiderseitige Erklärung des Ehemillens, § 1312 Abs. 1 S. 1 BGB	35
2. Die Mitwirkung des Standesbeamten, § 1310 Abs. 1 S. 1 BGB	35
3. Die persönlichen Ehevoraussetzungen	36
III. Eheschließungsmängel und Fehlerfolgen	37

IV. Die Aufhebung der Ehe	38
1. Begriff der Aufhebung	38
2. Die Voraussetzungen der Eheaufhebung	38
3. Die einzelnen Eheaufhebungsgründe	39
4. Ausschluss der Aufhebung, § 1315 BGB	41
5. Antragsberechtigung und Antragsfrist, §§ 1316, 1317 BGB	42
§ 7. Der Ehename	44
I. Die Entwicklung des ehelichen Namensrechts	44
II. Die Grundzüge des geltenden Rechts	44
1. Die Wahl eines gemeinsamen Ehenamens	44
2. Die Führung eines Doppelnamens durch einen Ehegatten	46
3. Die Wahlmöglichkeiten bei Eheauflösung	46
III. Sonderproblem: Die Untersagung der Fortführung des Ehenamens	47
§ 8. Wiederholung	48

Kapitel 3. Die eheliche Lebensgemeinschaft

§ 9. Die allgemeinen Wirkungen der Ehe	51
I. Überblick zum Eherecht	51
II. Die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft, § 1353 BGB	52
1. Die Generalklausel des § 1353 Abs. 1 BGB	52
2. Die Wohngemeinschaft als Aspekt der ehelichen Lebensgemeinschaft	52
3. Geschlechtsgemeinschaft und Familienplanung	53
4. Die Pflicht zu Rücksicht und Beistand (eheliche Solidarität)	54
III. Der Herstellungsantrag	57
1. Antrag ohne Vollstreckungsmöglichkeit	57
2. Verweigerung der Herstellung nach § 1353 Abs. 2 BGB	57
IV. Die Verpflichtung zum Familienunterhalt, §§ 1360 f. BGB	58
1. Art und Umfang des Unterhalts	58
2. Der Taschengeldanspruch	59
V. Die eheliche Arbeitsteilung: Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit, § 1356 BGB	59
1. Die Formen der Arbeitsteilung	59

2. Die Änderung der getroffenen Vereinbarung	60
3. Pflicht zur Mitarbeit im Betrieb des anderen Ehegatten? . .	61
VI. Das gesetzliche Notvertretungsrecht in Angelegenheiten der Gesundheitssorge, § 1358 BGB	62
§ 10. Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	63
I. Normzweck und Rechtsnatur von § 1357 BGB	63
II. Die Prüfung des § 1357 BGB	65
1. Prüfungsaufbau	65
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen	65
III. Fallgruppen	69
1. Ärztliche Behandlung	69
2. Kredit- und Teilzahlungsgeschäfte	71
3. Doppelanschaffungen	72
4. Veräußerungsgeschäfte	72
IV. Die Rechtsfolgen des § 1357 BGB	73
1. Mitberechtigung und Mitverpflichtung	73
2. Ausübung von Gestaltungsrechten	74
3. Vornahme von Rechtsdurchsetzungshandlungen	75
4. Keine dinglichen Wirkungen	76
§ 11. Haftungsfragen der ehelichen Lebensgemeinschaft	77
I. Der Haftungsmaßstab im Innenverhältnis, § 1359 BGB	77
1. Regelungsinhalt und -zweck	77
2. Prüfung im Fallaufbau	78
3. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 1359 BGB	78
II. Schadensersatzansprüche zwischen Ehegatten	80
1. Kein Schadensersatz bei Verletzung personaler Ehepflichten	80
2. Schadensersatzansprüche aus dem vermögensrechtlichen Bereich der Ehe	81
3. Deliktsrechtliche Ansprüche aus § 823 BGB	82
4. Die Anwendung von § 826 BGB im Eherecht	86
5. Insbesondere: Schadensersatz für ein scheinheliches Kind	86
6. Die Durchsetzung von Haftungsansprüchen zwischen Ehegatten	88
III. Tötung oder Verletzung von Ehegatten durch Dritte, §§ 842 ff. BGB	89
1. Überblick	89
2. Ansprüche bei Tötung des Ehegatten, § 844 Abs. 2 BGB . .	90

3. Eigener Anspruch des haushaltsführenden Ehegatten bei Verletzung durch Dritte, § 842 BGB	90
4. Das Hinterbliebenengeld, § 844 Abs.3 BGB	91
§ 12. Eigentums- und Besitzverhältnisse der Ehegatten; Eigentumsvermutung	91
I. Eigentums- und Besitzverhältnisse in der ehelichen Lebensgemeinschaft	91
1. Eigentumsverhältnisse im Ehegatteninnenverhältnis	91
2. Übereignungen zwischen Ehegatten	94
3. Die Besitzverhältnisse zwischen den Ehegatten	94
II. Die Eigentumsvermutung des § 1362 BGB	95
1. Normzweck des § 1362 BGB	95
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 1362 BGB	97
3. Rechtsfolgen	98
§ 13. Überblick zum Güterrecht; Eheverträge	99
I. Die Güterstände	99
1. Überblick	99
2. Die Gütergemeinschaft	100
3. Der deutsch-französische Wahlgüterstand	101
II. Das (abgeschaffte) Güterrechtsregister	101
III. Eheverträge	102
1. Regelungsinhalte	102
2. Form	103
IV. Inhaltskontrolle von Eheverträgen	103
1. Die Rechtsprechung bis zum Jahr 2000	103
2. Die Rechtsprechung des BVerfG	104
3. Die geltenden Prinzipien der Inhaltskontrolle	105
4. Beispiele aus der Rechtsprechung	110
§ 14. Die Verfügungsbeschränkungen	112
I. Beschränkung der Verfügungsbefugnis über das Vermögen im Ganzen	112
1. Schutzzweck des § 1365 BGB	112
2. Die unter § 1365 BGB fallenden Verfügungsgeschäfte	113
3. Das Vermögen im Ganzen als Verfügungsgegenstand	115
4. Die subjektiven Erfordernisse im Rahmen der Einzel- theorie	117
5. Die Zustimmung des anderen Ehegatten	118
6. Rechtsfolgen bei verweigerter Genehmigung	119

II. Beschränkung der Verfügungsbefugnis über Haushaltsgegenstände	122
1. Überblick	122
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen	123
3. Der Streit um die analoge Anwendung von § 1369 BGB . .	124
§ 15. Wiederholung	126
I. Kontrollfragen	126
II. Klausurfall 1 (Geschäft ohne die Ehefrau)	127

Kapitel 4. Zugewinnausgleich und sonstiger Vermögensausgleich

§ 16. Der Zugewinnausgleich unter Lebenden	135
I. Grundlagen	135
1. Begriff und Rechtfertigung des Zugewinnausgleichs	135
2. Allgemeine Voraussetzungen	135
II. Die Berechnung des Zugewinnausgleichsanspruchs	136
1. Ermittlung des Anfangsvermögens	137
2. Hinzurechnung privilegierten Erwerbs zum Anfangs- vermögen, § 1374 Abs. 2 BGB	139
3. Die Ermittlung des Endvermögens	143
4. Die Ermittlung des Zugewinns, § 1373 BGB	147
5. Die Ermittlung des Ausgleichsanspruchs	147
6. Ausschluss oder Reduzierung der Ausgleichsforderung in Härtefällen, § 1381 BGB	148
7. Ansprüche gegen Dritte, § 1390 BGB	151
III. Die Anrechnung von Vorempfängen	152
1. Der Grundgedanke des § 1380 BGB	152
2. Die Berechnung des Zugewinnausgleichs in diesem Fall . .	152
3. Umkehrung der Ausgleichsrichtung durch Zuwendung . .	154
IV. Vorzeitiger Zugewinnausgleich und Hinweise zum Verfahren	154
1. Der vorzeitige Zugewinnausgleich	154
2. Hinweise zum Verfahren	155
§ 17. Der Zugewinnausgleich im Todesfall	156
I. Überblick	156
II. Ehegatte wird gesetzlicher Erbe	156
1. Erbrecht bei Gütertrennung	156
2. Erbrecht bei gesetzlichem Güterstand	156

III. Rechtslage bei gewillkürter Erbfolge	157
1. Einsetzung des Ehegatten als Erbe oder Vermächtnisnehmer	157
2. Der Anspruch auf den Zusatzpflichtteil	158
3. Die Option der Ausschlagung	158
4. Die Enterbung des Ehegatten	160
IV. Fälle des rein güterrechtlichen Ausgleichs	161
§ 18. Vermögensausgleichsansprüche außerhalb des Zugewinnausgleichs	161
I. Vertragliche Ansprüche	161
1. Einführung	161
2. Schenkungen und unbenannte Zuwendungen	162
3. Ansprüche aus beendeter Ehegatteninnengesellschaft	163
4. Ansprüche aus Auftrag	166
II. Ansprüche aus Gesamtschuldnerausgleich	166
III. Vermögensausgleichsansprüche bei Scheidung im Fall der Gütertrennung	168
1. Der Anspruch wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	168
2. Die Voraussetzungen des Anspruchs aus §§ 313 Abs. 1, Abs. 3 S. 1, 346 Abs. 1, 2 BGB	170
3. Rechtsfolge des Anspruchs aus § 313 Abs. 1, Abs. 3 S. 1 BGB	172
IV. Keine Ausgleichsansprüche neben dem Zugewinnausgleich	173
1. Die §§ 1373 ff. BGB als abschließende Sonderregelung	173
2. Die Ausnahmefälle	173
V. Die Rückforderung von Schwiegerelternzuwendungen	174
1. Anspruch wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	174
2. Bestimmung des Leistungsempfängers	178
3. Zusammenhang mit dem Zugewinnausgleich	178
4. Zuwendungen an die Schwiegereltern	178
§ 19. Wiederholung	180

Kapitel 5. Scheidung und Scheidungsfolgenrecht

§ 20. Die Scheidung der Ehe	181
I. Grundlagen	181
1. Überblick	181
2. Das Zerrüttungsprinzip	182
3. Grenzen der Vertragsfreiheit	182

II.	Die Voraussetzungen der Scheidung	183
1.	Der Scheidungsantrag	183
2.	Wirksame bestehende Ehe	184
3.	Scheidung aufgrund der Zerrüttungsvermutungen, § 1566 BGB	184
4.	Scheidung aufgrund des Zerrüttungstatbestands, § 1565 BGB	185
5.	Keine Scheidung im Härtefall, § 1568 BGB	189
III.	Hinweise zum Verfahren	191
1.	Allgemeines	191
2.	Der Scheidungsverbund	191
§ 21.	Das Getrenntleben	192
I.	Einführung	192
1.	Überblick zu den Rechtswirkungen	192
2.	Begriff des Getrenntlebens	193
II.	Der Anspruch auf Trennungsunterhalt, § 1361 BGB	194
III.	Die Verteilung der Haushaltsgegenstände und die Zuweisung der Ehewohnung	196
1.	Die Verteilung der Haushaltsgegenstände bei Getrennt- leben	196
2.	Die Zuteilung der Ehewohnung bei Getrenntleben	198
3.	Das Verhältnis der §§ 1361a, 1361b BGB zu den sachen- rechtlichen Vorschriften	200
4.	Die Teilungsversteigerung der Ehewohnung	203
IV.	Exkurs: Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz	204
1.	Schutzanordnungen, § 1 GewSchG	204
2.	Wohnungsüberlassung, § 2 GewSchG	205
§ 22.	Wohnungszuweisung und Beanspruchung von Haus- haltsgegenständen anlässlich der Scheidung	206
I.	Die Überlassung der Ehewohnung	206
1.	Überblick	206
2.	Die Ansprüche aus § 1568a BGB	206
3.	Das Verfahren in Ehewohnungssachen	208
4.	Verhältnis zu Vorschriften des Schuld- und Sachenrechts	209
II.	Die Regelung der Eigentumsverhältnisse an Haushaltsgegenständen	209
1.	Der Anspruch aus § 1568b Abs. 1 BGB	209
2.	Die Miteigentumsvermutung gem. § 1568b Abs. 2 BGB	210

3. Das Verfahren in Haushaltssachen	210
4. Das Verhältnis zum Zugewinnausgleich	211
§23. Der nacheheliche Unterhalt und der Unterhalt der un-	
verheirateten Mutter	211
I. Einführung	211
II. Die Voraussetzungen des nachehelichen Unterhaltsanspruchs	212
1. Scheidung der Ehe	213
2. Die Unterhaltstatbestände	213
3. Unterhaltsmaß	219
4. Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	224
5. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	224
6. Herabsetzung und Befristung des Unterhalts nach	
§ 1578b BGB	226
7. Ausschluss oder Herabsetzung des Unterhalts wegen gro-	
ber Unbilligkeit, § 1579 BGB	230
8. Sonstige Einwendungen und Einreden gegen den Unter-	
haltsanspruch	234
III. Hinweise zum Verfahrensrecht; Auskunftsanspruch	234
IV. Der Betreuungsunterhalt der unverheirateten Mutter aus	
§ 1615 I Abs. 2 BGB	235
1. Überblick	235
2. Der Anspruch auf Betreuungsunterhalt für die ersten drei	
Jahre (sog. Basisunterhalt)	236
3. Verlängerung über drei Jahre hinaus	236
4. Sonstige Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	237
5. Rangverhältnisse bei mehreren Unterhaltsverpflichteten	238
§24. Der Versorgungsausgleich	239
I. Einführung	239
1. Begriff	239
2. Rechtsentwicklung	240
II. Die Durchführung des Versorgungsausgleichs	240
1. Die auszugleichenden Anrechte	241
2. Ausgleich der Anrechte durch interne oder externe Teil-	
lung	242
3. Ausschluss und Beschränkung des Versorgungsausgleichs	242
4. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	243
5. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	244
6. Anpassung nach Rechtskraft	244
§25. Wiederholung	245

Kapitel 6. Eingetragene Lebenspartnerschaft und nichteheliche Lebensgemeinschaft

§ 26. Die eingetragene Lebenspartnerschaft	247
I. Grundlagen	247
1. Das Lebenspartnerschaftsgesetz	247
2. Terminologie	247
3. Die Parallelen zum Eherecht	247
II. Die Besonderheiten der eingetragenen Lebenspartnerschaft . .	248
1. Die Begründung der Lebenspartnerschaft	248
2. Die partnerschaftliche Lebensgemeinschaft	248
3. Lebenspartnerschaft und Kinder	248
4. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft	249
5. Die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe .	249
§ 27. Begriff und Rechtsgrundlagen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	250
I. Einführung und Definition	250
1. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft als gesellschaftliches Phänomen	250
2. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	250
II. Verfassungsrechtliche Stellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	251
III. Die rechtliche Erfassung der bestehenden nichtehelichen Lebensgemeinschaft	252
1. Allgemeines	252
2. Eigentums- und Besitzverhältnisse	253
3. Haftungsfragen	256
4. Mietrecht	257
5. Erbrecht	259
§ 28. Der Vermögensausgleich bei Beendigung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	261
I. Einführung	261
1. Die Problemfälle	261
2. Der Grundsatz der Nichtausgleichung	261
3. Übersicht zu den denkbaren Anspruchsgrundlagen	262
II. Die Prüfung vertraglicher Ansprüche	263
1. Ansprüche aus Dienstvertrag, Darlehen ua	263
2. Anspruch infolge Widerrufs einer Schenkung	264
3. Abfindungsansprüche aus Gesellschaftsrecht	265

III. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag und Gesamtschuldnerausgleich	268
1. Geschäftsführung ohne Auftrag	268
2. Ansprüche aus Gesamtschuldnerausgleich, § 426 BGB	270
IV. Ansprüche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	272
1. Übertragung der für Ehegatten geltenden Grundsätze	272
2. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	272
V. Ansprüche aus Bereicherungsrecht	275
1. Überblick	275
2. Der Anspruch aus § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 BGB	275
§ 29. Wiederholung	278
I. Kontrollfragen	278
II. Klausurfall 2 (Letzte Investitionen)	279

Kapitel 7. Kindschaftsrecht

§ 30. Grundlagen des Kindschaftsrechts	285
I. Überblick	285
II. Allgemeines zum Eltern-Kind-Verhältnis	286
1. Überblick	286
2. Beistand und Rücksicht	286
3. Die Dienstleistungspflicht des Kindes	287
III. Der Kindesname	287
1. Der Vorname	287
2. Der Familienname	287
3. Namensänderungen	288
IV. Hinweise zum kindschaftsrechtlichen Verfahren	289
V. Annex: Überblick zu wichtigen Altersstufen im Recht	290
§ 31. Abstammungsrecht	291
I. Verwandtschaft und Schwägerschaft	291
1. Verwandtschaftsbegriff	291
2. Schwägerschaft	292
II. Mutterschaft	292
1. Überblick	292
2. Leihmutterschaft	293
3. Mutterschaft in der gleichgeschlechtlichen Ehe	295

III. Die Vaterschaftstatbestände	295
1. Überblick zu § 1592 BGB	295
2. Vaterschaft kraft Ehe	296
IV. Die Vaterschaftsanerkennung	297
1. Voraussetzungen der Anerkennung	297
2. Weiteres Verfahren; Widerrufsrecht	299
3. Unbeachtlichkeit anderer Nichtigkeitsgründe	299
4. Rechtsfolgen der wirksamen Anerkennung	299
5. Das Verbot der missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung	300
V. Die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung	301
VI. Die Vaterschaftsanfechtung	302
1. Überblick	302
2. Der Antrag und seine Substanziierung	304
3. Die Anfechtung durch den leiblichen Vater	304
4. Die Anfechtungsfrist	309
5. Ausschluss der Anfechtung bei Samenspende, § 1600 Abs. 4 BGB	310
6. Rechtsfolgen der erfolgreichen Vaterschaftsanfechtung	313
7. Scheidungsakzessorischer Statuswechsel, § 1599 Abs. 2 BGB	313
VII. Rechtsausübungssperren und Scheinvaterregress	315
1. Die Rechtsausübungssperren des Abstammungsrechts	315
2. Der Scheinvaterregress	316
VIII. Auskunft über die Abstammung	318
1. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung	318
2. Das Recht des Kindes auf Kenntnis der Abstammung bei Samenspende	319
3. Babyklappe und vertrauliche Geburt	320
4. Auskunftsansprüche des Kindes gegenüber den Eltern	320
5. Kein Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter	321
6. Offenbarungspflichten zwischen Ehegatten	322
IX. Das Abstammungsklarungsverfahren gem. § 1598a BGB	322
1. Einführung	322
2. Die Regelung in § 1598a BGB	323
§ 32. Erwerb und Verlust der elterlichen Sorge	326
I. Einführung	326
1. Begriff der elterlichen Sorge	326
2. Die Möglichkeiten der Sorgerechtszuordnung	327
3. Die wesentlichen Fallkonstellationen	328

II. Erwerb der gemeinsamen Sorge durch Sorgeerklärungen	329
1. Voraussetzungen	329
2. Rechtsfolgen	331
III. Erwerb der gemeinsamen Sorge durch gerichtliche Entscheidung, § 1626a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BGB	332
1. Die Verfassungswidrigkeit der früheren Rechtslage	332
2. Die Beantragung gemeinsamer Sorge nach § 1626a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BGB	332
3. Zum Verfahren	334
IV. Änderungen der elterlichen Sorge	335
1. Der Antrag auf Alleinsorge nach § 1671 Abs. 1 BGB	335
2. Der Antrag des Vaters auf Alleinsorge nach § 1671 Abs. 2 BGB	340
3. Sorgerecht und Wechselmodell	340
4. Änderungen nach dem Tod eines Elternteils	340
5. Sorgerechtsänderungen nach § 1696 BGB	341
6. Das Ruhen der elterlichen Sorge	341
V. Sorgerechtsregelungen nach den §§ 1666 ff. BGB	341
1. Die Kindeswohlgefährdung gem. § 1666 Abs. 1 BGB	342
2. Fehlende Gefahrabwendung durch die Eltern	343
3. Auswahl der Maßnahme und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	343
4. Konsequenzen für die Sorgerechtssituation	345
5. Maßnahmen bei Gefährdung des Kindesvermögens, § 1667 BGB	345
§33. Ausübung und Grenzen der elterlichen Sorge; gesetzliche Vertretung des Kindes	346
I. Die Ausübung der elterlichen Sorge	346
1. Die Ausübung der Personensorge	346
2. Die Ausübung der Vermögenssorge	348
3. Ausübung der gemeinsamen Sorge bei Getrenntleben der Eltern	349
4. Meinungsverschiedenheiten der Eltern bei gemeinsamem Sorgerecht	352
II. Die gesetzliche Vertretung des Kindes	354
1. Bedeutung der gesetzlichen Vertretung	354
2. Alleinvertretung und gemeinschaftliche Vertretung des Kindes	355

III. Grenzen der gesetzlichen Vertretung des Kindes	
durch die Eltern	356
1. Überblick	356
2. Höchstpersönliche Rechte	356
3. Rechtsgeschäfte von besonderer Tragweite	357
4. Geschäfte mit möglicher Interessenkollision	358
5. Beschränkung der Minderjährigenschaft, § 1629a BGB	360
IV. Haftungsfragen im Eltern-Kind-Verhältnis	360
1. Die Regelung des § 1664 BGB	360
2. Die Zurechnung des Verschuldens der Eltern	363
V. Elterliche Sorge und Familienpflege	366
1. Überblick	366
2. Das kleine Sorgerecht der Pflegeperson	367
3. Die gerichtliche Bleibeanordnung	367
VI. Der Schutz der Stieffamilie	368
§ 34. Umgangsrecht	369
I. Begriff und Bedeutung	369
II. Gerichtliche Anordnungen zur Regelung des Umgangsrechts	371
1. Überblick	371
2. Maßstäbe der gerichtlichen Entscheidung	372
3. Die Anordnung eines Wechselmodells durch Umgangsregelung	374
4. Die Durchsetzung von Umgangsregelungen	375
5. Hinweise zum Verfahren	377
III. Umgangsrechte weiterer Personen	377
1. Überblick	377
2. Das Umgangsrecht des leiblichen Vaters	378
IV. Das Umgangsrechtsverhältnis als gesetzliches Schuldverhältnis	382
§ 35. Unterhalt unter Verwandten, insbesondere Kindesunterhalt	384
I. Allgemeines zum Verwandtenunterhalt	384
II. Die Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	385
1. Verwandtschaft und Rang der Unterhaltspflichtigen	385
2. Der Unterhaltsbedarf	385
3. Bedürftigkeit	389
4. Leistungsfähigkeit und Rangfolge	389
5. Art der Unterhaltsgewährung	394
6. Fehlen von Einwendungen und Einreden	395

III. Besondere Problemkreise des Kindesunterhalts	398
1. Der Mindestunterhalt und das vereinfachte Verfahren	398
2. Der familienrechtliche Ausgleichsanspruch	399
3. Die Barunterhaltungspflicht beim Wechselmodell	400
4. Der Anspruch des Kindes auf Ausbildungsfinanzierung	401
IV. Der Elternunterhalt	403
V. Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs und Unterhaltsregress	406
1. Auskunftserteilung	406
2. Gerichtliche Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs	407
3. Der Unterhaltsregress	408
§36. Die Adoption	409
I. Überblick	409
II. Die Voraussetzungen der Adoption Minderjähriger	410
1. Antrag des Annehmenden bei Gericht	411
2. Kindeswohl und Förderungsprinzip	411
3. Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses	411
4. Anforderungen nach Familienstand des Annehmenden	412
5. Mindestalter und Geschäftsfähigkeit des Annehmenden	413
6. Die erforderlichen Einwilligungen	413
III. Das Adoptionsverfahren	416
1. Vorbereitung der Adoption und Adoptionspflege	416
2. Gerichtliches Annahmeverfahren und Adoptionsdekret	416
IV. Die Rechtswirkungen der Adoption Minderjähriger	417
1. Rechtliche Stellung eines leiblichen Kindes	417
2. Auswirkungen auf die Verwandtschaftsverhältnisse	417
3. Das Adoptionsgeheimnis	418
4. Die Aufhebung des Adoptionsverhältnisses bei der Minderjährigenadoption	418
V. Die Besonderheiten der Adoption Volljähriger	419
1. Annahmeveraussetzungen	419
2. Rechtswirkungen	421
§37. Wiederholung	421
I. Kontrollfragen	421
II. Klausurfall 3 (Ein Kind und viele Väter)	423

Kapitel 8. Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung

§ 38. Die Vormundschaft	431
I. Überblick	431
II. Anordnung der Vormundschaft	431
1. Voraussetzungen	431
2. Auswahl und Bestellung des Vormunds	432
III. Führung der Vormundschaft	433
1. Personen- und Vermögenssorge	433
2. Das Rechtsverhältnis zwischen Vormund und Mündel . . .	434
IV. Beendigung der Vormundschaft	435
§ 39. Pflegschaft	435
I. Überblick	435
II. Die Pflegschaft für Minderjährige	436
III. Die Rechtsstellung des Pflegers	437
§ 40. Betreuung	438
I. Überblick	438
II. Voraussetzungen der Bestellung eines Betreuers	439
1. Volljährigkeit des Betroffenen	439
2. Krankheit oder Behinderung	439
3. Erforderlichkeit der Betreuung	440
4. Kein entgegenstehender freier Wille des Betroffenen	442
5. Die persönliche Anhörung des Betroffenen	442
6. Bestellung des Betreuers auf Antrag oder von Amts wegen	442
7. Auswahl des Betreuers	443
III. Das Rechtsverhältnis der Betreuung	443
1. Aufgabenkreis des Betreuers	443
2. Das Innenverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem . . .	444
3. Das Außenverhältnis: Betreuer als gesetzlicher Vertreter . .	445
4. Der Einwilligungsvorbehalt	446
5. Insbesondere: Unterbringung und ärztliche Zwangsmaß-	447
nahmen	447
IV. Beendigung und Änderung der Betreuung	450
1. Aufhebung oder Änderung	450
2. Entlassung des Betreuers	450
V. Die Patientenverfügung	450

§ 41. Wiederholung	452
---------------------------------	-----

Antworten zu den Kontrollfragen

Kapitel 1:	453
Kapitel 2:	453
Kapitel 3:	455
Kapitel 4:	457
Kapitel 5:	459
Kapitel 6:	461
Kapitel 7:	462
Kapitel 8:	465
Sachverzeichnis	467

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG